Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

27-2 | 2008
Migration und Entwicklung : Eine Zweckallianz

Kommt die Migration Schwarzafrika zu Hilfe ?

Marc-Antoine Pérouse de Montclos

revues.org

Publisher
Institut de hautes études internationales et du développement

Electronic version
URL: http://sjep.revues.org/312
ISSN: 1663-9677

Printed version
Date of publication: 1 décembre 2008
Number of pages: 47-56
ISBN: 978-2-940415-08-3
ISSN: 1660-5926

Electronic reference
Marc-Antoine Pérouse de Montclos, « Kommt die Migration Schwarzafrika zu Hilfe ? », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 27-2 | 2008, Online erschienen am: 27 Mai 2010, abgerufen am 28 März 2017. URL : http://sjep.revues.org/312

© The Graduate Institute

Kommt die Migration Schwarzafrika zu Hilfe?

Marc-Antoine Pérouse de Montclos*

Will man einer unter den Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) weitverbreiteten Vorstellung Glauben schenken, so können die Migrationsströme von Süden nach Norden durch Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung eingedämmt, ja sogar reduziert werden. Nach Ansicht des Generaldirektors der französischen Entwicklungsagentur *Agence Française de Développement*, Jean-Michel Severino, trägt die Hilfe dazu bei, „die Migrationsbewegungen sowohl unter armen Ländern als auch zwischen armen Ländern und OECD-Staaten zu regulieren, indem sie zur Minderung der Armut und zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, namentlich in Afrika südlich der Sahara und im Mittelmeergebiet, beiträgt“[1]. Eine solche Behauptung hält indessen einer Analyse schlecht stand: Ausser der Tatsache, dass sie den Verfahren der internationalen Hilfe eine Funktion der Abschreckung und der Kontrolle der Bevölkerungsbewegungen beimisst, beruht sie in der Tat auch auf sehr umstrittenen Zusammenhängen zwischen Hilfe und Entwicklung einerseits und zwischen Entwicklung und Reduzierung der zur Auswanderung führenden Faktoren andererseits. Vor allem neigen die konventionellen Diskurse über die Verdienste der Entwicklungszusammenarbeit oft dazu, die positive Rolle, welche die Migrationsgemeinschaften selber in Bezug auf Wirtschaftswachstum, sozialen Fortschritt und politische Öffnung spielen können, zu verschweigen.

Eine Konzeption der Hilfe ohne Berücksichtigung der Migration hat diesbezüglich nicht mehr viel Sinn. Man kann das Problem nämlich auch umdrehen, indem man sich fragt, ob sich die Migranten und Migrantinnen in konstruktiver Weise an der Entwicklung ihres Herkunftslandes beteiligen. Namentlich im Fall Schwarzafrikas ist es wichtig, die politische und wirtschaftliche Rolle „neuer“ Diasporas zu erfassen, die nunmehr eine Mehrzahl darstellen, im Gegensatz zur „alten“ schwarzen Diaspora, die aus dem Sklavenhandel hervorgegangen ist. Die Geldüberweisungen der Migranten leisten unbestreitbar einen wichtigen Beitrag für in der Entwicklung befindliche Volkswirtschaften. Jedoch verfügen diese „finanziellen“ und „transnationalen“ Diasporas nicht über die Werkzeuge und Konditionalitäten internationaler Hilfe: Häufig erweisen sich ihre Investitionen als gestreut und auf kurzfristige Unterstützungs- und Überlebensstrategien ausgerichtet. Sie sind sehr fungibel, fliessen vor allem in unproduktive Tätigkeiten und stärken das soziale Kapital der Geber, indem sie Erfolgsmodelle schaffen, die zur Emigration anreizen. Nach Ansicht der Entwicklungspraktiker sollten daher sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte der Migrantengemeinschaften gegenüber ihrem Herkunftsland in Betracht gezogen werden.

* Forschungsbeauftragter am Institut de recherche pour le développement (IRD, Frankreich), Doktor der politischen Wissenschaften.

[1] *Le Monde Economie*, 22. Mai 2007, Seite V (unsere Übersetzung, Anmerkung der Redaktion).

In Wirklichkeit ist eine Inbetrachtziehung der Hilfe als Mittel zur Bekämpfung der Emigration zumindest vereinfachend. Das Problem ergibt sich nicht nur aus den zahlreichen Kontroversen betreffend die Tatsache, dass Entwicklungszusammenarbeit zu einem Instrument der Erpressung oder des Austauschs gemacht wird, um mit den Ländern des Südens über die Rückführung ihrer papierlosen Staatsangehörigen zu verhandeln, wenn diese an die Grenze zurückgeschafft werden. Das Problem ist auch auf die fragliche Effizienz eines Vorgehens zurückzuführen, dessen Wirkung auf das Migrationsverhalten keineswegs auf der Hand liegt. Um die Migrationsströme von Süden nach Norden zu reduzieren, müsste die internationale Hilfe nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung leisten, was nachzuweisen bleibt, sondern die absolute und relative Armut müsste auch ein ausschlaggebender Bestimmungsfaktor der Migrationsneigung sein. Nun ist aber seit Langem bekannt, dass es nicht unbedingt die Ärmsten sind, die auswandern, wie der Fall Ägyptens oder Ghanas zeigt[2]. Andere Faktoren als das Einkommen oder die Entwicklungsunterschiede tragen zu den Migrationsströmen bei, darunter Alter, Geschlecht, Ehestand, das soziale Kapital, die Eingliederung in transnationale Netzwerke, ganz abgesehen von nicht quantifizierbaren Elementen wie die persönliche Frustration, die ethnische Identität oder die Ablehnung der Autorität der Ältesten. Konkret haben es die Ausreisewilligen sicherlich leichter, zu reisen, wenn sie bereits über einen gewissen Bildungsstand verfügen, eine „Weltsprache“ sprechen und Familienbeziehungen im Ausland haben. Umgekehrt stellen die Reisekosten für die ärmsten Mitglieder einer Gemeinschaft ein Hindernis dar. Die Zwangsemigration der Bedürftigen geht nicht auf eine freie Wahl zurück und trägt bisweilen dazu bei, sie ins tiefste Elend zu stürzen, wie im Fall jener Flüchtlinge, die durch Krieg oder Naturkatastrophen zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden.

Es besteht somit Grund, sich zur Wirkung von Migrationsschemen Fragen zu stellen, die – weit davon entfernt, die Armut zu lindern – zur Verstärkung der sozialen Ungleichheiten beitragen können. Die Situationen in den Ländern des Südens sind zu verschiedenartig, als dass man anhand einiger Studienfälle kategorische Schlüsse ziehen könnte. Die Spezialisten zeigen auf, dass die Migration in Wirklichkeit sowohl eine Armutsfolge als auch eine Armutsursache ist[3]: Eine Armutsfolge, weil die humanitären Krisen oder das Absinken des Lebensstandards zur Ausreise antreiben, und eine Armutsursache, weil die Migration die Unternehmungslustigsten anzieht und die anfälligsten Bevölkerungsgruppen im Lande zurücklässt. Daher sollte man nicht ungerechtfertigt verallgemeinern. So übertrieben es wäre, jeglichen Zusammenhang zwischen Migration und relativer Armut in Bausch und Bogen abzuleugnen, so anmassend wäre es auch, auf Anhieb zu behaupten, dass die internationale Hilfe die Ausreiseneigung der Individuen beeinflussen kann, wenn es ihr gelingt, das Armutsniveau zu reduzieren.

[2] Zu einer neueren Studie über ein bereits ausführlich behandeltes Thema siehe Rachel Sabates-Wheeler, Ricardo Sabates und Adriana Castaldo, *Tackling Poverty-Migration Linkages: Evidence from Ghana and Egypt*, Brighton, University of Sussex, Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty, 2005, 48 S.

[3] Ronald Skeldon, „Migration and Poverty“, *Asia-Pacific Population Journal,* Bd.17, Nr. 4, Dezember 2002, S. 67–82.

Die positive Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit ist in der Tat weiterhin ein sehr umstrittenes Thema. Wirtschaftswissenschaftler weisen beispielsweise nach, dass die Hilfe in 97 Empfängerländern, die über einen Zeitraum von zwanzig Jahren untersucht wurden, keine Auswirkung auf die Armutsminderung, die Sterblichkeitsraten, die Einschulung oder die Steigerung der Lebenserwartung hatte[4]. Während es einigen Ländern – wie China – gelungen ist, sich ohne Hilfe von aussen auf den Pfad des Wirtschaftswachstums zu begeben, haben andere Länder trotz beträchtlicher Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft Schiffbruch erlitten. Afrika südlich der Sahara, das zwischen 1960 und 2003 568 Milliarden Dollar erhalten hat, stellt diesbezüglich ein Schulbeispiel dar[5]. Obwohl diese Region weltweit pro Einwohner am meisten Hilfe erhielt, hat sich die Anzahl der Armen von 1981 bis 2001 von 164 auf 316 Millionen erhöht. Folgt man den statistischen Analysen, die eine umgekehrte Korrelation mit dem Wohlstandsanstieg in Subsahara-Afrika aufzeigen, so hat sich die Hilfe auf dem Schwarzen Kontinent als besonders wenig wirksam erwiesen: Je umfangreicher die Unterstützung der OECD-Länder war, desto niedriger blieb das Bruttosozialprodukt, und umgekehrt[6].

Noch schwerwiegender ist die Tatsache, dass die Hilfe auch dazu beitragen konnte, die Probleme weiter bestehen zu lassen, indem sie die Bevölkerungen in einem Abhängigkeitssyndrom unterhielt, korrupte Diktaturen stärkte, den Konsum von Importgütern ankurbelte, die Privatinvestitionen abhielt und günstige, aber wirtschaftlich wenig rationelle Kredite bereitstellte. Die Unterschlagungen waren seit jeher hoch. Bereits vor rund fünfzehn Jahren schätzten Studien, die von der Zeitschrift *Science et Vie – Economie* vom Januar 1992 zitiert worden waren, dass etwa ein Viertel der Hilfe Frankreichs für Afrika an Provisionen für lokale Entscheidungsträger verloren ging. Auch heute hat sich das Verhältnis nicht grundsätzlich geändert. In der Zeitung *Le Monde* vom 16. Januar 2008 räumte der französische Staatssekretär für Entwicklungszusammenarbeit, Jean-Marie Bockel, ein, dass „sich von jährlich 100 Milliarden Dollar an Hilfe für Afrika 30 Milliarden verflüchtigen“. Gewiss besteht kein Anlass, hier auf wohlbekannte Missstände zurückzukommen, die zu einer umfangreichen akademischen Literatur beigetragen haben. Es sei lediglich vermerkt, dass selbst wenn es Ländern gelingt, sich aus dem Teufelskreis der allgemeinen Not zu befreien, ihr Wirtschaftswachstum die Emigration nicht unbedingt bremst. Im Gegenteil tendiert die Entwicklung oft dazu, die sozialen Ungleichheiten und die Frustrationen, die zur Ausreise antreiben, noch zu verschlimmern.

Die „Diasporas“ als vollwertige Akteure der Entwicklung

Unter diesem Gesichtspunkt sollten die Migrationsströme anders angegangen werden. In der Tat haben die Transferzahlungen der Migranten in ihre Herkunftsgebiete zentrale Bedeutung erlangt. Bereits in den 90er-Jahren entsprachen diese Überweisungen 117 Prozent der Entwicklungshilfe und 44 Prozent

[4] Peter Boone, „Politics and the Effectiveness of Aid“, *European Economic Review*, Bd. 40, Nr. 2., Februar 1996, S. 289–329.

[5] William Easterly, „The Utopian Nightmare“, *Foreign Policy,* Nr. 150, September 2005, S. 61.

[6] Fredrik Erixon, *Aid and Development: Will it Work this Time?* London, International Policy Network, 2005, S. 3.

der ausländischen Direktinvestitionen in die Drittweltländer[7]. Dabei handelte es sich aber lediglich um die offiziellen und ordnungsgemäss registrierten Flüsse, das heisst nur um einen Teil der Überweisungen der Migranten aus dem Süden. Das Phänomen nimmt ganz andere Ausmasse an, wenn man die Warensendungen und die nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bankwesen verbuchten Transferzahlungen mit einschliesst. Im Fall Somalias beispielsweise reichten die Schätzungen betreffend die Geldüberweisungen der Migranten für 2004 von 700 Millionen bis zu einer Milliarde Dollar jährlich, wovon 360 Millionen zum Unterhalt der im Lande verbliebenen Familien dienten – eine Zahl, die mit den 170 Millionen Dollar zu vergleichen ist, die das Land im Jahr 2002 an internationaler Hilfe erhalten hat[8]. Ebenso beeindruckend ist der Unterschied im Fall der Komoren: Dieses kleine Land hat praktisch einen von drei Staatsbürgern im Ausland, und seine Wirtschaft hängt, gemäss der Weltbank, auf dem afrikanischen Kontinent nach Eritrea am meisten von den Überweisungen seiner Diaspora ab. Mit den Warenimporten überstiegen die Geldüberweisungen der komorischen Migranten Ende der 90er-Jahre bereits 40 Millionen Dollar pro Jahr, wobei dieser Betrag dem Staatshaushalt und der Sparleistung der Bevölkerung bei den lokalen Banken entsprach. 2005 erreichten die Überweisungen 72 Millionen Euro (bzw. 24% des Bruttoinlandprodukts) und machten 346 Prozent der internationalen Hilfe aus, die sich auf rund 21 Millionen Dollar belief[9].

Die Fehlschläge der Entwicklungszusammenarbeit und die neuen Herausforderungen, die sich aus dem Personenverkehr in einer globalisierten Welt ergeben, bieten somit Grund, die „Diasporas“ als vollwertige Wirtschaftsakteure anzusehen, jedoch mit Grenzen, die zu berücksichtigen sind, wenn man sie in auf transnationaler Ebene konzipierte Entwicklungspolitiken integrieren will. Historisch gesehen haben die Migrationsströme aus Subsahara-Afrika im Laufe der Jahrhunderte beträchtliche Veränderungen erfahren. Früher gab es die aus dem Sklavenhandel hervorgegangene „schwarze Diaspora“, die weit mehr auf einer „Leidensgemeinschaft“ als auf dem stark umstrittenen „Rassenbegriff“ beruhte. Heutzutage bestehen die „afrikanischen Diasporas“ in der Mehrzahl, entsprechend nationalen oder ethnischen Banden, und die Entwurzelung des „Migranten“ unserer Zeit lässt sich nicht mit der wirtschaftlich bedingten Verschleppung des „Gefangenen“ von gestern vergleichen, der absichtlich seinem ursprünglichen Milieu entrissen worden war[10]. In einer globalen Welt ist es gegenwärtig leichter, Verbindung mit dem Land der Vorfahren zu halten. Von den rund drei Millionen Menschen, die beispielsweise der Wirtschaftskrise in Simbabwe seit dem Jahr 2000 entflohen sind, unterhalten 96 Prozent regelmässige Kontakte mit den zurückgebliebenen Familienangehörigen, und 74 Prozent geben an, ihnen Geld zu schicken[11].

7 Hein de Haas, *International Migration, Remittances and Development: Myths and Facts*, Genf, Global Commission on International Migration, 2005, S. 9.

8 Kevin Savage and Paul Harvey (eds.), *Remittances during Crises. Implications for Humanitarian Response*, London, Overseas Development Institute, 2007, S. 32.

9 Mohamed Bourenane *et al.*, *Les transferts de fonds des migrants, un enjeu de développement: Les Comores, Mali, Maroc, Sénégal*, Tunis, Banque africaine de développement, 2007, S. 9.

10 Zum Versuch einer Definition siehe Marc-Antoine Pérouse de Montclos, „Des diasporas africaines en construction: le cas du Nigeria“, *Anthropologie et Sociétés,* Bd. 30, Nr. 3, 2006, S. 183–199.

11 Alice Bloch, *The Development Potential of Zimbabweans in the Diaspora*, Genf, International Organisation for Migration, 2005, 9 S.

Deshalb kann man das Potenzial, das in der Sparkapazität, der Kaufkraft und dem symbolischen Einfluss der Migranten gegenüber ihrem Herkunftsland liegt, nicht ausser Acht lassen. Die aus mehr oder weniger alten „Lagen" bestehenden afrikanischen Diasporas tragen insbesondere zum Überleben und zum Wiederaufbau kriegszerstörter Länder, von Somalia bis zur Demokratischen Republik Kongo, bei. Im Alltagsleben spielen die Geldüberweisungen der Migranten für die im Lande verbliebenen Verwandten eine Rolle sozialer Absicherung. Auch wenn diese Überweisungen im Allgemeinen auf die wohlhabendsten Stadtbewohner ausgerichtet sind, die im Kontakt mit globaler Modernität leben, können sie durch Kapillarität im Rahmen des Sippensolidaritätssystems auch den ärmsten Bauern zugute kommen[12]. Studien bezüglich der in den Vereinigten Staaten wohnenden Nigerianer zeigen zum Beispiel, dass die Migranten ländlicher Abstammung vermehrt sparen und ihr Geld eher in die landwirtschaftlichen Gebiete fliessen lassen, wo sich ihre Investitionen – trotz der durch Zugangsschwierigkeiten zu Regionen mit schlechtem Verkehrsanschluss anfallenden Mehrkosten – insgesamt als weniger aufwendig erweisen[13]. Diese Feststellung ist nicht unbedeutend, wenn man bedenkt, dass Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas ist und dass es über Jahrhunderte hinweg seit dem Sklavenhandel zu rund einem Fünftel der Migrationsströme aus Schwarzafrika beiträgt.

Über rein wirtschaftliche Fragen hinaus spielen die heutigen Diasporas zudem eine nicht unbedeutende soziale und politische Rolle. Die afrikanischen Emigranten bieten in der Tat Erfolgsmodelle, welche bestehende Vorstellungsweisen beeinflussen, das Erfolgsstreben anregen und zuweilen neue Chancen bieten, um Macht und Mittel gerechter umzuverteilen, auch wenn ihre Wirkung auf den Demokratisierungsprozess weiterhin schwer nachzuweisen ist[14]. In einigen Fällen tragen die mit Krisensituationen verbundenen Migrationen zur Emanzipation von Frauen bei, die ihren Weggang beschlossen haben oder die ihren Haushalt allein führen müssen, weil die Männer entweder verstorben oder weggezogen sind. Nimmt man die Herausforderungen des Entwurzelungsprozesses auf sich, so schmerzhaft dieser auch sein mag, so ist es dadurch beispielsweise möglich, sich den rückständigsten Traditionen zu entziehen: Im Exil stellt man häufig einen Rückgang der Infibulations- und Exzisionspraktiken – wie im Fall der somalischen Diaspora – fest. Namentlich für Frauen bäuerlicher Abstammung können die Tragödien der Auswanderung im vorliegenden Fall mit einem besseren Zugang zum Bildungswesen und mit erhöhter Verantwortung zur Bestreitung des Familienunterhalts einhergehen, sofern die Frauen bereit sind, im Handel zu arbeiten und sich einige Freiheiten mit den Isolierungspraktiken islamischer Inspiration herauszunehmen. In den Flüchtlingslagern hat man zuweilen festgestellt, dass sich Frauen an öffentlichen Debatten beteiligten, auf den Schutz der Männer verzichteten, sich ihren Ehemann öfter selbst aussuchen wollten, die drückende Last des Levirats ablehnten und ihr Erbteil nachdrücklicher einforderten,

[12] Anna Lindley, *Migrant Remittances in the Context of Crisis in Somali Society. A Case Study of Hargeisa*, London, Overseas Development Institute, 2006, S. 17.

[13] Una Okonkwo Osili, „Remittances and Savings from International Migration: Theory and Evidence Using a Matched Sample", *Journal of Development Economics,* Bd. 83, Nr. 2, Juli 2007, S. 446–465.

[14] Marc-Antoine Pérouse de Montclos, *Diasporas, Remittances, and Africa South of the Sahara: A Strategic Assessment*, ISS Monograph Series, Nr. 112, Johannesburg, Institute for Security Studies, März 2005, 66 S., im Internet zugänglich unter <http://www.iss.co.za/pubs/Monographs/No112/Contents.htm>.

wenn sie Witwen waren. Anhand der vom Verfasser dieses Beitrags durchgeführten Interviews mit somalischen Gemeinschaften in Toronto und in Hargeisa (Somaliland) empfiehlt es sich jedoch, die Bilanz zu nuancieren. Es wurde darauf hingewiesen, dass die in Somalia verbliebenen Frauen, die mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert waren, welche sie zwangen, sich im öffentlichen Leben zu engagieren, sich stärker emanzipiert hätten als ihre Schicksalsgenossinnen im Westen, die eher geneigt waren, sich auf traditionelle Werte zurückzuziehen, um ihre kulturelle Identität in einer ihnen völlig fremden Umgebung zu behaupten.

Ein trotz allem beschränkter Beitrag

Tatsächlich darf man sich über den positiven Beitrag der Migranten im Entwicklungsbereich keine Illusionen machen. Die Diasporas, die den Wiederaufbau ehemaliger Kriegsgebiete finanzieren, sind dieselben, die auch zu den Konflikten beitragen und die Kombattanten mit Waffen beliefern. Wenn die Migranten Vermittlungsverbindungen für den Frieden anbieten können, wie heute in Acholiland im Norden Ugandas, so neigen sie aber auch dazu, die klanischen, religiösen oder ethnischen Spaltungen neu entstehen zu lassen, die ihr Ursprungsland zerreissen und die für ihre räumliche und politische Positionierung im Exil ausschlaggebend sind. Von Sydney bis Helsinki über Minneapolis, Toronto oder Johannesburg hatten die Somalier Tendenz, sich nach sippenbedingten und regionalen Affinitäten zusammenzuschliessen[15]. Im Unterschied zur jüdischen, irischen und armenischen Diaspora, die sich zum Zweck der Verteidigung eines Staates zusammentaten, hatten die Somalier die grössten Schwierigkeiten, sich in einem gemeinsamen nationalen Aufbauprojekt zu vereinigen. Nur den Isaaq im Nordwesten der früheren Republik Somalia ist es wirklich gelungen, ihre Gegensätze zu überbrücken und einen Konsens zu finden, um sich für einen Staat Somaliland zu mobilisieren, der seine Unabhängigkeit im Jahr 1991 verkündete, und in dem seit 1994 wieder Friede herrscht.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die Schliessung der Grenzen der Industrieländer die Immigranten und Asylanten in eine wirtschaftliche und rechtliche Prekarität stürzt, die ihren Wohnsitzstatus kriminalisiert und ihr Einflussvermögen entsprechend verringert. In Frankreich hat die Einführung eines Visums für die Komorer im Jahr 1995 eine Bevölkerungsgruppe in den Untergrund getrieben, die saisonale Migrationszyklen praktizierte und die sich im Aufnahmeland ansiedeln musste, um ihren Aufenthalt zu regularisieren. In Grossbritannien waren die Somalier mit ähnlichen Problemen konfrontiert, als sie ab 1973 ein Visum beantragen mussten, das 2003 auch auf Staatsbürger auf der Durchreise auf britischem Gebiet ausgedehnt wurde. Konkret waren sie dadurch gezwungen, die Familienzusammenführungsverfahren ihrem Zweck zu entfremden, humanitäres Asyl zu beantragen, sich an Schlepper zu wenden und falsche Papiere zu benutzen, da die somalische Botschaft in London seit dem

[15] Abdi Kusow and Stephanie Bjork (eds.), *From Mogadishu To Dixon: The Somali Diaspora in a Global Context*, Lawrenceville (NJ), Red Sea Press, 2007, 335 S.; Munzoul Assal, „Somalis and Sudanese in Norway: Religion, Ethnicity/Clan and Politics in the Diaspora“, *in* Leif Manger and Munzoul Assal (eds.), *Diasporas within and without Africa: Dynamism, Hetereogeneity, Variation*, Uppsala, Nordic Africa Institute, 2006, S. 165–196.

Zusammenbruch der Diktatur unter Siad Barre in Mogadischu im Jahr 1991 nicht mehr in Betrieb ist. Das Ergebnis war, dass die somalische Gemeinschaft heute einen hohen Anteil an alleinstehenden Frauen und Kindern umfasst, die kaum in der Lage sind, den am Horn von Afrika zurückgebliebenen Familienangehörigen zu helfen. Die Somalier machten rund ein Viertel der Flüchtlingskinder aus, die 2002 in Grossbritannien gezählt wurden, und die Schwankungen betreffend ihre Gesamtzahl, die vom Einfachen zum Doppelten reichen, weisen auf einen hohen Anteil an Papierlosen hin[16].

Allgemein ist nicht erwiesen, dass die Transferzahlungen der Migranten wirksam zur Entwicklung von Krisenstaaten beitragen. Sehr oft dienen solche Überweisungen dazu, Nothilfe im Rahmen von Überlebensstrategien zu leisten, die sich nicht in produktiven Investitionen niederschlagen. Manchmal tragen sie auch zu demonstrativen und symbolischen Ausgaben bei, deren rein wirtschaftlicher Nutzen in weiter Ferne zu liegen scheint: Von den Somaliern, die von der Grosszügigkeit ihrer Diaspora leben, ist bekannt, dass sie sich Qat – ein am Horn von Afrika überall sehr geschätztes Stimulans – kaufen. Komorer, die in ihr Land zurückkehren, leisten sich ihrerseits die sehr kostspieligen traditionellen Hochzeitsfeiern (Anda), für die sie mehr als die Hälfte ihrer Geldüberweisungen aufwenden. Einer neueren Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank zufolge wird das Geld der Migranten in erster Linie für Konsumausgaben in den Bereichen Nahrung, Gesundheit und Bildung verwendet. Immobilienanlagen und produktive Investitionen folgen erst weit danach und werden hauptsächlich von den am besten qualifizierten Immigranten im Alter von über 40 Jahren finanziert[17].

Eine solche Problematik verweist im vorliegenden Fall auf den einträglichen kommerziellen Anbau und auf die Art und Weise, wie der Gewinn sich in den Sippennetzen mit der Modernität konfrontierter, traditioneller Gesellschaften verflüchtigt, von der institutionalisierten Korruption gewisser Staaten wie Nigeria ganz zu schweigen. Die Migranten entgehen natürlich nicht dem Druck ihrer im Lande verbliebenen Standesgenossen. Sie haben insgesamt wenig Einfluss darauf, wie ihre Geldüberweisungen verwendet werden. Und sie laufen stets Gefahr, die Empfänger ihrer grosszügigen Gaben in einem Abhängigkeitsverhältnis zu halten, das die betroffenen Bevölkerungsgruppen kaum dazu anregt, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen – eine Kritik, die man übrigens auch in Bezug auf die internationale Hilfe antrifft.

Eine weitere Schwäche besteht darin, dass die Diasporas organisierten Verbrecherbanden, die weltweit ihr Unwesen treiben, zuweilen bequeme „Verbindungskanäle“ liefern. Die nach der Nummer des Paragrafen des nigerianischen Strafgesetzbuches, der den Finanzbetrug verurteilt, als nigerianische „419er“

[16] Zwischen 1988 und 2003 haben 58 630 Somalier in Grossbritannien Asyl beantragt. Jedoch hat die Volkszählung vom Jahr 2001 lediglich 43 532 Gebietsansässige somalischer Herkunft registriert, die zu drei Vierteln auf London konzentriert waren, während andere Schätzungen bis zu 90 000 Personen gingen. Vgl. Jill Rutter, *Refugee Children in the UK*, Maidenhead, Open University Press, 2006, 236 S.; Hermione Harris, *The Somali Community in the UK*, London, Information Centre about Asylum and Refugees in the UK (ICAR), 2004, 79 S.; Gail Hopkins, „Somali Community Organizations in London and Toronto: Collaboration and Effectiveness“, *Journal of Refugee Studies,* Bd.19, Nr. 3, 2006, S. 361–380.

[17] Mohamed Bourenane *et al.*, *Les transferts de fonds des migrants, un enjeu de développement: Les Comores, Mali, Maroc, Sénégal*, Tunis, *op. cit.*

bezeichneten Betrugs-E-Mails haben sich beispielsweise wie ein Lauffeuer im Internet verbreitet, wobei es ihnen gelang, dank zweifelhaften, aber verlockenden kommerziellen Angeboten im Jahr 2005 in Grossbritannien bis zu 520 Millionen Dollar und in den Vereinigten Staaten 720 Millionen Dollar zu unterschlagen[18]. Die Geldüberweisungen der Diasporas können somit die transnationale Wirtschaft des organisierten Verbrechens finanzieren, indem sie sich mit den Netzwerken der Waffen-, Drogen-, Devisen- oder Menschenhändler teilweise überschneiden. Die Migranten am Rande der Legalität bedienen sich in der Tat informeller Verfahren, die das klassische Bankwesen umgehen und häufig über die gleichen Kanäle wie die Geldwäschereikreisläufe laufen. Man beobachtet dann Formen des „Schwärzens" sauberen Geldes der Immigranten, das in den „Verschmutzungsmaschinen" der internationalen Kriminalität durchgeschleust wird, um die nationalen Devisenausfuhr- und -kontrollgesetzgebungen zu umgehen.

Gleich ob es darum geht, Terroristengruppen, Bewegungen für den bewaffneten Kampf oder mafiöse Unternehmungen zu finanzieren, so besteht das Risiko tatsächlich, auch wenn es vermutlich nur einen ganz kleinen Teil der Migrantenüberweisungen betrifft. Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten. Wie im Fall der Kurden oder der Tamilen sind gewisse afrikanische Migranten der Revolutionssteuer oder der Schutzgelderpressung der Gruppen unterworfen, die in ihrem Namen im Herkunftsland kämpfen. Andere tragen freiwillig zur Sache bei und führen noch kriegerischere Reden als die vor Ort verbliebenen Oppositionellen, die sich in geringerem Masse durch ein entfernungsbedingtes Unverletzlichkeitsempfinden geschützt fühlen. Von Somalia bis Liberia über Ruanda oder Burundi sind auf diese Weise zahlreiche Guerillabewegungen im Exil entstanden – sei es in Nachbarländern, sei es in Übersee in den Städten, wo sich die von einem verhassten Regime unterdrückten Eliten wiederfinden. In den 80er- und 90er-Jahren kamen beispielsweise in den Flüchtlingslagern in Äthiopien oder Sierra Leone Organisationen für den bewaffneten Kampf auf, wie die somalische Nationalbewegung SNM *(Somali National Movement)* oder die liberianische Befreiungsbewegung ULIMO *(United Liberation Movement of Liberia for Democracy)*.

Transferzahlungen ohne Konditionalität: ein praktisches Problem

Der wirtschaftliche Beitrag der Migranten zur Entwicklung ihrer Herkunftsgebiete stösst somit auf vier hauptsächliche Risiken, die sich wie folgt aufführen lassen:

- Die Kriminalisierung ihrer Transferzahlungen, die häufig mit der Prekarisierung des Status als Gebietsansässige des Südens in den reichen Ländern einhergeht;
- Die Verwendung der Gelder der Diaspora zu prunkvollen Ausgaben, die, indem sie das Prestige des Emigranten sichern, die jungen Leute zur Ausreise animieren, und nicht oder nur wenig dazu beitragen, die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Eine Ausnahme davon bilden einige Sektoren wie die Bau-

[18] Michael Peel, *Nigeria-Related Financial Crime and its Links with Britain*, London, Chatham House (The Royal Institute of International Affairs), 2006, S. 6.

branche bei Migranten, die sich nach ihrer Rückkehr ins Land, im Allgemeinen im Pensionsalter, ein Haus bauen;

- Die Aufrechterhaltung eines Abhängigkeitssyndroms, das die Begünstigten nicht dazu anregt, sich in produktiven Tätigkeiten zu engagieren, eine Problematik, die man auch in Bezug auf die öffentliche Entwicklungshilfe antrifft.
- Die Fungibilität der *Inputs* und die Verwendung der Geldüberweisungen zu politischen oder militärischen Zwecken, ein Phänomen, das auch wieder die internationale Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Tatsächlich können die Migranten gleichzeitig Bewegungen für den bewaffneten Kampf und Entwicklungsprojekte finanzieren – wie im Somaliland, das dank den Investitionen seiner Diaspora in den Immobiliensektor, in Universitäten oder Krankenhäuser wieder aufgebaut wurde.

In der Praxis haben die Akteure der Entwicklungshilfe sicher nicht die Mittel, all diesen Problemen abzuhelfen. Derzeit zielen die eingeführten Experimente eher auf die Erleichterung der Transferzahlungen als auf deren Orientierung ab. Die britische und danach die französische Entwicklungszusammenarbeit waren beispielsweise bestrebt, die Kosten für die Beförderung der Gelder der Diasporas zu senken. Fortan ist es anhand von Websites wie *sendmoneyhome.org* oder *envoidargent.fr* möglich, die Tarife der verschiedenen Agenturen zu vergleichen, wobei davon auszugehen ist, dass die Provisionen pro Überweisung von 5 bis 20 Prozent reichen. In Frankreich hat sich auch der Bankensektor eingeschaltet und vor Kurzem ein Sonderkonto geschaffen, das bis zu 25 Prozent steuerfrei ist, wenn die gesparten Summen in Entwicklungsprojekte im Herkunftsland der zugewanderten Arbeitnehmer investiert werden. Für die privaten Akteure ist das Ziel, einen beträchtlichen und weitgehend informellen Geldsegen an sich zu ziehen. Für die öffentlichen Hände besteht das Ziel auch darin, Überweisungen, die ihrer Kontrolle entgehen, zu legalisieren und ihre Spur zu verfolgen.

Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, dass die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit sehr wenig Einfluss auf die Verwendung dieser Geldüberweisungen haben. In der Tat haben die Migranten selber grosse Schwierigkeiten, nachzuprüfen, wie ihr Geld verwendet wird. Vermutlich ist ihre Fähigkeit, den Empfängern Bedingungen aufzuerlegen, noch geringer als die der grossen Geldgeber der Entwicklungshilfe. Wohl haben die Bambara der malischen Diaspora in Genossenschaften investiert, welche Nahrungsmittelcoupons ausstellen, um dadurch die Ausgaben der Empfänger ihrer Gelder kontrollieren zu können. Doch sind solche privaten Initiativen selten. Vielfach untersagt es der gesellschaftliche und von der Sippe ausgeübte Druck den Migranten ganz einfach, ihre Zahlungen zu unterbrechen, um deren Verwendung zu überprüfen. Was die öffentlichen Hände betrifft, so ist Kap Verde einer der wenigen Staaten in Subsahara-Afrika, der wirklich versucht hat, aus seiner Diaspora offiziell Nutzen zu ziehen mit einer Institution (*Instituto das Comunidades*), die den Zweck hat, die Devisenüberweisungen sowie die Rückkehr der in Übersee ansässigen Staatsangehörigen ins Land zu erleichtern, indem er sie auffordert, in Freizonen zu investieren, beziehungsweise indem er ihnen Land zuweist. Dieses Mitte der 80er-Jahre eingeleitete Experiment hat sich im vorliegenden Fall bewährt und erweist sich als sehr aufschlussreich. Es macht insbesondere deutlich, dass eine Politik zur Unterstützung der Investitionen der Migranten ohne die Hilfe des Herkunftslandes undenkbar ist.

Unter diesem Gesichtspunkt besteht Grund, sich Fragen zu den Gemeinschafts- oder individuellen Programmen der Nichtregierungsorganisationen zu stellen, die von Europa aus die Entwicklungsversuche der afrikanischen Emigranten unterstützen, ohne sich dabei allzu viel um die öffentlichen Hände auf dem Schwarzen Kontinent zu sorgen. Dabei ist davon auszugehen, dass das eine nicht ohne das andere funktionieren kann. Gleich ob es sich um die Überweisungen der Migranten oder um die internationale Entwicklungszusammenarbeit handelt, so hat die Strategie der „Umgehung" des Staates bereits ihre Grenzen gezeigt. Die Entwicklung führt auch über unerlässliche politische Voraussetzungen, die von der Verbesserung der Gouvernanz über die Stärkung der öffentlichen Dienste bis zum Aufbau eines Verwaltungsapparates reichen. Hier haben die afrikanischen Diasporas sicher eine Rolle zu spielen. Es ist diesbezüglich geboten, sie als vollwertige Akteure der Entwicklung zu integrieren und gleichzeitig ihre Grenzen zu erkennen.

Kurzbibliographie

Bloch, Alice, *The Development Potential of Zimbabweans in the Diaspora*, Genf, International Organisation for Migration, 2005, 9 S.

Bourenane, Mohamed *et al.*, *Les transferts de fonds des migrants, un enjeu de développement : les Comores, Mali, Maroc, Sénégal*, Tunis, Banque africaine de développement, 2007, 75 S.

Haas (de), Hein, *International Migration, Remittances and Development : Myths and Facts*, Global Migration Perspectives, Nr. 30, Genf, Global Commission on International Migration, 2005, 19 S.

Lindley, Anna, *Migrant Remittances in the Context of Crisis in Somali Society. A Case Study of Hargeisa*, London, Overseas Development Institute, 2006, 22 S.

Osili, Una Okonkwo, „Remittances and Savings from International Migration : Theory and Evidence Using a Matched Sample", *Journal of Development Economics,* Bd. 83, Nr. 2, Juli 2007, S. 446–465.

Pérouse de Montclos, Marc-Antoine, „Des diasporas africaines en construction : le cas du Nigeria", *Anthropologie et Sociétés,* Bd. 30, Nr. 3, 2006, S. 183–199.

Pérouse de Montclos, Marc-Antoine, *Diasporas, Remittances, and Africa South of the Sahara : A Strategic Assessment*, ISS Monograph Series, Nr. 112, Johannesburg, Institute for Strategic Studies, März 2005, 66 S. Im Internet zugänglich unter : <http://www.iss.co.za/pubs/Monographs/No112/Contents.htm>.

Savage, Kevin and Harvey, Paul (eds.), *Remittances during Crises. Implications for Humanitarian Response*, London, Overseas Development Institute, 2007, 46 S.

Skeldon, Ronald, „Migration and Poverty", *Asia-Pacific Population Journal,* Bd. 17, Nr. 4, Dezember 2002, S. 67–82.